Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 521. **Dienstag** den 13. Oktober 1903. **97. Jahrgang.**

Die Frage der Feldhaubitzen.

H. Die Organisation der Feldartillerie konnte man mit deren Unterstellung unter die Divisionen und der Einführung von leichten Feldhaubitzen — je eine Abteilung zu drei Batterien bei jedem Armeekorps — als abgeschlossen betrachten, zumal da diese Geschütze namentlich von artilleristischen Autoritäten als zweckmäßig und vollkommen bezeichnet wurden. Nun tritt ein Infanterist auf, Generalleutnant z. D. v. Alten, der zuletzt die zweite Division in Allenstein befehligte, und begründet in einer Flugschrift: „Wider die Feldhaubitzen" die Behauptung, daß diese Geschützart nicht in die Kriegsgliederung der Feldtruppen gehöre und daher schleunigst bei der Feldartillerie auszuscheiden sei. Jedenfalls könne der Umstand, daß in mehreren europäischen Staaten die Haubitze erst vor wenigen Jahren in die Feldarmee eingeführt ist, eine vorurteilslose, sachliche Prüfung der Frage um so weniger hindern, als durch den Fortschritt in der Waffentechnik, der uns den Rohrrücklauf bringt, völlig neue Verhältnisse geschaffen werden; denn niemand werde das Leben der Feldhaubitzen nur deshalb verlängern wollen, weil sie nun einmal da sind.

Wir können auf die erschöpfenden Darlegungen des Generals v. Alten hier nicht näher eingehen, aber die Feldartillerie wird einen schweren Stand haben, seine erhobenen Einwände beweiskräftig zu widerlegen. Kann sie dies nicht, dann werden die Lebenstage der leichten Feldhaubitze bei der Feldartillerie allerdings gezählt sein und ihre Ueberweisung in die Bestände der Festungsgeschütze zur besonderen Verwendung wird sich kaum umgehen lassen. Wenn General v. Alten die leichte Feldhaubitze schon in ihrer jetzigen Konstruktion als eine ungeeignete Geschützart für die Feldartillerie erachtet, so wird sie dies zweifellos in noch höherem Maße werden, wenn erst alle Feldgeschütze, wie dies jetzt schon in Frankreich der Fall ist, mit Schutzschilden versehen sind. Dann wird jedes schwerere Geschützkaliber — und als solches kann man die 10,5 Centimeter-Feldhaubitze im Vergleich zur 7,5 Centimeter-Feldkanone doch wohl ansehen — ohne weiteres aus den Feldgeschützen ausscheiden müssen, denn mit den Schutzschilden würde es einen solchen Gewichtszuwachs erfahren, daß es selbst mit der Bespannung von sechs Pferden nicht die Beweglichkeit haben würde, die für ein Feldgeschütz unerläßlich ist.

Somit haben wir mit einem Male eine zweifache Geschützfrage, nämlich die der Einführung von Rohrrücklaufkanonen und die der Beseitigung der leichten Feldhaubitze. Mit dieser Beseitigung ist eine Aenderung in der Organisation der Feldartillerie nicht verbunden, vielmehr würde die Haubitzabteilung nur in eine Kanonenabteilung durch Zuweisung von Feldgeschützen, d. h. Feldkanonen neuester Art (also Rohrrücklauf) umzuwandeln sein. Damit wäre der ungeheuere Vorteil erzielt, daß die Ausbildung in der ganzen Feldartillerie eine einheitliche sein würde, während jetzt der Dualismus im Geschützwesen die Ausbildung erschwert und die Verwendung der Offiziere und Unteroffiziere innerhalb des Regiments, das eine Haubitzabteilung besitzt, in hohem Maße beeinträchtigt.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Fragen auch im Reichstage zur Sprache gebracht werden, und deshalb haben sie noch ein weiteres, als ein militärisches Interesse. Sollte sich die Notwendigkeit der Umgestaltung der Haubitzbatterien in Kanonenbatterien ergeben, so würden bei den 23 Haubitzabteilungen 414 leichte Feldhaubitzen für die Festungsartillerieparks verfügbar werden und an ihre Stelle ebenso viele Rohrrücklaufkanonen treten. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß man sich schon aus Anlaß der Flugschrift des Generals v. Alten an den maßgebenden und verantwortlichen Stellen mit der Frage der Feldhaubitzen auf das eingehendste beschäftigen wird, und deshalb erscheint es auch angezeigt, die Aufmerksamkeit nichtmilitärischer Kreise auf diese Angelegenheit zu lenken. Erschien die Einführung der leichten Feldhaubitze noch vor sechs Jahren als vorteilhaft, so braucht sie es darum heute nicht mehr zu sein, wo die Fortschritte in der Waffentechnik zu anderen Ergebnissen und Schlußfolgerungen zwingend führen müssen.

Ein protestantischer Theologe als Ministerpräsident.

D. E. K. Dieses für unsere Zeiten gewiß seltsame Schauspiel bietet sich uns in Holland dar, wo der protestantische Theologieprofessor Dr. Abraham Kuyper unter den holländischen Ministern die führende Stellung einnimmt. Freilich handelt es sich auch um einen Mann von seltener Begabung und eine wahrhaft hervorragende Persönlichkeit. Während seine Feinde ihn als den „Satan Hollands" bezeichnen, feiern ihn seine Anhänger als den „zweiten Reformator Hollands". Aber daß Kuyper ein Genie ist, darin sind Freund und Feind einig. Mit seiner glänzenden Rede weiß er die Volksmassen zu beherrschen, seine großartige Auffassungsgabe läßt ihn sich schnell in ganz neuen Verhältnissen zurechtfinden, seine Menschenkenntnis lehrt ihn Menschen kennen und gebrauchen, ein Minister auf politischem Gebiete, ist er zugleich ein berühmter Theologe und ein vielseitiger Schriftsteller von außerordentlicher Fruchtbarkeit; große Ziele verfolgt er mit großen Mitteln und scheut vor den schärfsten Folgen reformierter Lehre und reformierten Lebens nicht zurück. Alles in allem ein Mann, wie ihn ein Land nur alle hundert Jahre einmal sieht. Einen Schlüssel zum Verständnis dieses Mannes und einen Einblick in das Wesen seiner Persönlichkeit gibt uns W. Schürmann im Oktoberhefte der „Deutschen Evangel. Blätter" (Halle, Verlag von Eugen Strien):

Dr. Abraham Kuyper, geboren am 29. Oktober 1837 in Maaslinys als Sohn eines Pfarrers der hervormden (reformierten) Kirche, wandte sich als Student in Leyden der modernen liberalen Richtung zu. Als Pfarrer der kleinen Dorfgemeinde Beesd, welche mit unveränderter Zähigkeit an der reformierten Lehre festhielt, bekehrte er sich zu dem Calvinismus Calvins und der altreformierten Väter, wobei er auch nach seiner eigenen Aussage katholischen Dogmatikern manches verdankte. 1867 zum orthodoxen Pfarrer nach Utrecht und 1870 nach Amsterdam berufen, beginnt er seine Wirksamkeit bereits ins große zu entfalten. In zwei von ihm herausgegebenen Blättern, der politischen Tageszeitung „Standaard" und dem kirchlichen Wochenblatte „Heraut" (Herold), entwickelte er seine calvinistischen Grundsätze nach ihrer politischen, religiösen und kirchlichen Seite. 1874 wurde er durch Zusammenwirken der Antirevolutionäre und der Römischen zum Mitgliede der Zweiten Kammer gewählt, trat aber, da er nicht Führer der Antirevolutionären, der rechten Seite der Kammer, werden konnte, wieder aus dieser aus, um eine freie Universität auf reformierter Grundlage zu erzielen, deren hervorragendster Professor er 1880, seit ihrer Gründung, war. Unverdrossen und rücksichtslos führte er einen Kampf für den Calvinismus gegen Römische und Lutherische, wie gegen Liberale und Sozialisten. Durch ein Zusammengehen aller christlichen Parteien, die Römischen nicht ausgenommen, brachte er 1901 das liberale Ministerium zu Fall; ein „christliches" Ministerium trat an dessen Stelle und Kuyper fand nun Gelegenheit, als Minister des Innern und Ministerpräsident seine calvinistische Auffassung von Staat und Politik in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Kraft seines Ministeriums hat sich im April dieses Jahres in der Festtaktik und Schnelligkeit gezeigt, mit welcher der Eisenbahnerstreik, welcher der Regierung ganz überraschend gekommen war, bekämpft wurde. Doch ist Kuyper trotz der Schärfe seiner Streikgesetze ein aufrichtiger Freund der Arbeiter. Durch gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages will er der Willkür der Arbeitgeber vorbeugen, durch gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe soll dem Arbeiter die Sonntagsfeier ermöglicht werden. Vor allem aber soll durch ein neues Unterrichtsgesetz die Konkurrenzfähigkeit der christlichen Privatschulen gegenüber den freien religionslosen Staatsschulen gesteigert und auch auf Gymnasien und die freie Universität ausgedehnt werden.

Treibt nun Kuyper bloß ein unbändiger Ehrgeiz? Richtiger wird man ihn beurteilen mit der Annahme, daß er ein zweiter Reformator, ein zweiter Calvin, ein Erneuerer des Calvinismus sein will. Ein großes, bis ins kleinste ausgearbeitetes Gebäude steht vor seinem geistigen Auge. Der Calvinismus gilt ihm als die höchste Lebensauffassung und Weltanschauung. Doch zollt er Luther alles Lob mit den Worten: „Ich will niemand nachstehen im Preis und Lob von Luthers heldenmütigem Vorgehen. In seinem Herzen ist viel mehr als in dem Calvins der lange Streit durchgekämpft, der zu dem weltgeschichtlichen Bruche führte. Luther ist ohne Calvin zu erklären, Calvin ohne Luther nicht. Zu einem nicht geringen Teile hat Calvin die Ernte von dem angetreten, was der Held von Wittenberg in Deutschland und außerhalb gesät hat. Aber wenn man fragt, wer das reformatorische Prinzip am schärfsten gefaßt, am vollständigsten ausgewirkt und am breitesten zugepaßt hat, dann weist die Geschichte auf den Denker von Genf und nicht auf den Gemütshelden von Wittenberg." Während Kuyper der modernen Anschauung alle Siegeskraft abspricht, denkt er von Rom günstiger und nimmt es, bei aller Ablehnung der römischen Kirchenlehre, gern als Bundesgenossen gegen Pantheismus und Materialismus an. Doch traut er Rom nicht mehr die Macht zu, den protestantischen Geist zu überwinden, wie ihm denn auch ein solcher Sieg als Rückschritt erscheint. Man wird allen Grund haben, die weitere Geschichte dieses Ministeriums, dessen Präsident ein Theologe ist, der aber vor allem ein Mann des praktischen Handelns ist, mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 12. Oktober. (Auseinandersetzungen innerhalb der „neutralen" Gewerkschaften.) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Legien, der zugleich der Vorsitzende der Generalkommission der sogenannten neutralen Gewerkschaften Deutschlands ist, hat sich jüngst in Bremen ganz nach der Art der sozialdemokratischen Agitatoren vernehmen lassen, und dafür Widerspruch aus der Mitte der „neutralen" Gewerkschaften heraus erfahren. „Genosse" Legien riß nämlich in bekannter Manier die Bedeutung der Arbeiterversicherung herunter, indem er behauptete, daß die Kosten für die Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung nur von den Arbeitern aufgebracht würden. „Genosse" Legien muß sich infolgedessen von dem Organe des Buchdruckerverbandes sagen lassen: „Da wundert uns nur, daß die Sozialdemokraten anderer Länder eifrig darauf hinarbeiten, ähnliche Einrichtungen für die Arbeiter anzustreben, daß ein holländischer Arbeiterführer die deutsche Sozialreform so hoch einschätzte, daß er meinte, wir brauchten keinen Generalstreik, wir hätten ja die Arbeiterversicherung." — Das Buchdruckerorgan knüpft hieran noch die Frage, warum die deutschen Arbeiter eine Reichs-Arbeitslosenversicherung verlangen, wenn, wie „Genosse" Legien behauptet, „in Wirklichkeit die Arbeiter die Kosten zahlen." — Es muß das Oberhaupt der „neutralen" Gewerkschaften arg verdrießen, sein sozialdemokratisches Agitationsmanöver von „neutraler" gewerkschaftlicher Seite ad absurdum geführt zu sehen.

△ **Berlin**, 12. Oktober. Die Harmonie zwischen den Konservativen und dem Zentrum in Preußen bekundet sich nicht nur durch gegenseitige Belobigung der Wahlaufrufe beider Parteien, sondern vor allem auch durch den ausgesprochenen Gegensatz zu den Nationalliberalen. Hinsichtlich der Kanalvorlage hört man jetzt Herrn Abg. Dr. Bachem in Krefeld fast genau dasselbe sagen, was die konservativen Kanalgegner und die Herren v. Zedlitz und Dr. Arendt bereits gesagt haben. Nur sucht Herr Dr. Bachem die Feindseligkeit der Ultra-Agrarier gegen die Industrie noch zu übertrumpfen. In der Schulfrage marschieren Zentrum und Konservative in Preußen ebenfalls einträchtig Arm in Arm. Bei beiden regt sich endlich ganz plötzlich dieselbe Empfindung und Anfeindung gegen die im Angriff genommene Bildung nationalliberaler Arbeitervereine. „Kreuzzeitung" und „Kölnische Volkszeitung" eifern wie auf ein verabredetes Signal gegen solche Versuche, was den Beweis liefert, daß letztere Erfolg versprechen. Wenn aus den Ausführungen der „Köln. Volksztg." lediglich die Besorgnis spräche, die zukünftigen nationalliberalen Arbeitervereine könnten den vom Zentrum straff organisierten und als Wahltruppen verwendeten katholischen Arbeitervereinen gefährlich werden, so würden wir eine solche Befürchtung verstehen und kein Wort darüber verlieren. Aber die Bildung nationalliberaler Arbeitervereine mit dem Argument zu bekämpfen, wie es die „Kölnische Volkszeitung" tut: „die Arbeiter könnten nichts von einer Partei erwarten, welche die Interessen der Arbeiterschaft doch nur innerhalb gewisser, von den Interessen des Kapitalismus gezogener Grenzen wahrnimmt", das ist — gelinde ausgedrückt — eine unerhörte Dreistigkeit der „Kölnischen Volkszeitung". Was haben denn die Mitglieder des Zentrums positiv für die Interessen der Arbeiterschaft getan, welche Opfer des Kapitals — um mit den Worten des Zentrumsorgans zu reden — hat das Zentrum je gebracht? Alle großen Sozialreformen sind unter freudigster Zustimmung und Anregung der Nationalliberalen zu stande gekommen, und gerade die nationalliberale Partei hat durch diese Gesetze ihren industriellen Partei-Angehörigen so schwere Opfer auferlegt, wie sie wohl kaum eine andere Partei für das Wohl der Arbeiterschaft gebracht hat. Das Zentrum hat sich dagegen hinsichtlich der materiellen Verpflichtung für die großen Sozialreformen wie für die soziale Gesetzgebung in der Rolle des heiligen Crispin gefallen.

* **Berlin**, 12. Oktober. Die Zahl der preußischen Gerichtsreferendare ist, wie sich aus der im „Just.-Min.-Bl." abgedruckten amtlichen Uebersicht ergibt, im letzten Jahre abermals erheblich gestiegen. Sie betrug am 1. August d. J. 5718 gegen 5319 am 1. August 1902, hat also in Jahresfrist um 399 oder 7,5 v. H. zugenommen.

Im Jahre 1891 hatte die Zahl der Referendare in Preußen 2960 betragen, sie ist also in den letzten zehn Jahren beinahe auf das Doppelte angewachsen. 1893 waren 3060 Referendare vorhanden, 1895 3315, 1897 3767, 1899 bereits 4314, 1900 4602, 1901 4954 und 1902, wie schon bemerkt, 5319. Von den 13 preußischen Oberlandesgerichts-Bezirken entfällt die größte Zahl von Referendaren auf den Kammergerichtsbezirk, nämlich 920 gegen 890 im vorigen Jahre und 620 im Jahre 1891, demnächst folgt der Bezirk Köln mit 782 (735 und 403), sodann Breslau mit 662 (616 und 306) und Hamm mit 647 (586 und 245). Sehr hohe Zahlen weisen auch auf die Bezirke Naumburg mit 557 (494 und 317) und Celle mit 546 (506 und 224) Referendaren. Königsberg hat deren 305 (266 und 205), Stettin 289 (264 und 123), Frankfurt a. M. 242 (224 und 156), Posen 209 (206 und 84), und Kassel 205 (192 und 98). Die wenigsten Referendare waren vorhanden in den Bezirken Marienwerder mit 180 (171 und 105) und Kiel mit 174 (159 und 74). Vergleicht man die diesjährigen Zahlen mit denen von 1891, so zeigt sich die absolut größte Zunahme an Referendaren im Bezirk Hamm, wo ihre Zahl von 245 auf 647, also um 402, angewachsen ist, während sie im Kölner Bezirk um 379, in Breslau um 356 und in Celle um 322 zugenommen hat. Im Kammergerichtsbezirk betrug die Zunahme 300, im Bezirk Naumburg 240, am niedrigsten war sie mit 75 im Bezirk Marienwerder. Die relativ größte Zunahme entfällt ebenfalls auf den Bezirk Hamm, wo sie 164 v. H. betrug, die relativ niedrigste auf die Bezirke Berlin und Königsberg mit 48,4 und 48,8 v. H.

⊙ **Posen**, 12. Oktober. (Telegramm.) In der bereits kurz gemeldeten Rede des Ministers Frhrn. v. Rheinbaben bei dem gestrigen Kommers dankte dieser dem „Posener Tageblatt" zufolge zunächst den Herren des Comités und fuhr fort: „Wenn Sie Alle, die aus allen Kreisen des Berufslebens herbeigeeilt sind, treu die Aufgaben erfüllen, die in der Ostmark harren, dürfen Sie sicher sein, daß die Staatsregierung Sie nie verlassen wird. Nachdem der Kaiser im letzten Herbst bestätigte, daß weder an der Sprache noch Religion der anders sprechenden Bewohner Preußens gerüttelt wird, wird niemand mehr wagen, an der Sauberkeit unserer Absichten zu zweifeln. Aber es versteht sich anderseits, daß wir den staatsrechtlichen Zustand der Provinz nicht antasten und diesen Eckstein aus dem Gebäude unseres Staates nicht herausreißen lassen, solange der Bau des Staates besteht. (Lebhaftes Bravo.) Wenn die Liebe zu unserem Königshause so tief eingegraben ist in das Herz eines jeden Einzelnen, so ist dies der Jahrhunderte bewährten Hingebung der Hohenzollern für ihr Volk zu danken. Friedrich des Großen Wort: „Ich diene" ist auch der Leitstern des jetzigen Kaisers, der nur ein Ziel kennt, die Wohlfahrt des Volkes zu fördern. Wenn auch jeder von uns diesem Worte folgt, werden wir die Aufgaben in der Ostmark erfolgreich lösen, doch müssen wir Selbstsucht üben und die Zwietracht zurückdrängen. Schon Bismarck wies am 18. März 1885 im Reichstage darauf hin, wie ein Völkerfrühling sondergleichen nach 1866 und 1870 uns zu teil geworden ist. Wie Bismarck ausführte, litt dieser Völkerfrühling Gefahr, durch Loki, den Gott der Zwietracht, zertrümmert zu werden. Dieses Wortes lassen Sie uns heute eingedenk sein und lassen Sie uns alles, was uns trennt, zurückstellen, aber alles voranstellen, was uns eint. (Lebhafter Beifall.) Diese Mahnung ist gerade hier von nöten; aber ich möchte den sehen, der uns überwinden will, wenn der Deutsche zum Deutschen steht. Lassen Sie allezeit das große Ganze, das nationale Wohl den Vorrang vor persönlichen Wünschen haben. Die Aufgaben des Deutschtums im Osten wird die Regierung stets unterstützen, lassen Sie uns hoffen, daß in der Provinz alle politischen Parteiunterschiede zurücktreten und deutsche Kultur und deutsche Art sich zu der Höhe entwickeln wird, auf die sie Anspruch hat." Der Minister schloß mit einem Hoch auf das Gedeihen der Provinz Posen.

△ **Braunschweig**, 11. Oktober. Heute wurde hier ein Parteitag der Braunschweigischen Landesrechtspartei abgehalten. An Stelle des am Erscheinen behinderten ersten Vorsitzenden Graf v. d. Schulenburg-Hehlen, leitete Rechtsanwalt Dedekind-Braunschweig die Verhandlungen. Aus diesen ist folgendes hervorzuheben: Der Vorsitzende rechtfertigte das in welfischen Kreisen vielfach mißfällig aufgenommene Kompromiß zwischen Welfen und bürgerlichen Parteien bei der letzten Reichstagswahl mit dem Hinweise darauf, daß man einen Mann wie den Kreisdirektor Langerfeldt im ersten Kreise, der im braunschweigischen Landtage für die Interessen der Welfen eingetreten sei, nicht gut habe ablehnen können. In Zukunft wolle man indeß nur dann ein Kompromiß eingehen, wenn dadurch eine selbständige Kandidatur der Landesrechtspartei nicht ausgeschlossen werde. Nach einer ziemlich erregten Debatte wurde eine in diesem Sinne gehaltene Resolution angenommen. Dann wurde beschlossen, eine Eingabe an sämtliche deutsche Fürsten und freien Städte zu richten, in der die Bitte ausgesprochen werden soll, für die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig einzutreten und eine Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 herbeizuführen. Bei den bevorstehenden Wahlen zum braunschweigischen Landtage will man von welfischer Seite Kandidaten aufstellen, die sich verpflichten, für die Zurückberufung des Herzogs von Cumberland einzutreten. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wurde als Ort des nächstjährigen Parteitages Harzburg gewählt.

* **Aus Sachsen-Meiningen** wird uns geschrieben: In Nr. 514 des „Leipz. Tagebl." ist ein Artikel der Berliner „Nat.-lib. Korr." abgedruckt worden, worin die bürgerlichen Wähler unseres Herzogtums für die Landtagswahlen als Vorbilder hingestellt werden. Ach, wenn doch dieser Hinweis den Tatsachen entsprechen möchte! Das Gegenteil von dem, was gesagt wird, ist leider die Wahrheit. Eine Lauheit haben die bürgerlichen Wähler bekundet, die geradezu empörend ist. So haben z. B. in der Residenzstadt Meiningen keine 30 Proz. der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt. Ist dieses Tun geeignet, als Vorbild empfohlen zu werden? In Saalfeld, das früher den jetzigen Chef der Justiz- und Kultus-Abteilung Trinks in den Landtag sandte, ist der Führer der „Genossen" glatt gewählt worden, und in Pößneck haben die bürgerlichen Wähler, die bisher Kommerzienrat Berger vertrat, überhaupt keinen Kandidaten aufgestellt! Da war es dem „Genossen" leicht, gewählt zu werden. Nein, die Lässigkeit der bürgerlichen Wähler spottet geradezu jeder Beschreibung. Im 4. Sonneberger Wahlkreise wurde der Sozialdemokrat Wächter mit 1139 Stimmen gewählt, während 1400 Wähler sich der Stimmabgabe enthalten haben. Es fehlte gerade noch, daß die bürgerlichen Wählermassen ob dieses Verhaltens belobigt würden!

* **Metz**, 11. Oktober. Der von der Stadtverwaltung von Metz gegen die Sperrung der Bouillonquelle erhobene Einspruch ist, wie kurz erwähnt, durch Ministerialentscheid verworfen worden. Dem „Schw. Merk." wird hierzu aus Straßburg geschrieben: Die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde, für den Betrieb von Wasserleitungen Anordnung zu treffen und der Gemeinde die Kosten dafür aufzuerlegen, kann nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes nicht bestritten werden. Im übrigen sind die von den Behörden ausgestellten Mängel so ziemlich beseitigt worden. Die alte Sammelgalerie ist ausgeschaltet und durch eine eiserne Rohrleitung ersetzt worden. Der Bouillontech (der sogenannte Sumpf) ist mit guter Erde ausgefüllt und die frühere Schweinetränke bei der neueren Galerie ist beseitigt worden. Die berühmt gewordene Schutthalde ist von der Stadt angekauft und gegen weitere Verunreinigung durch Einfriedigung geschützt worden. Jeder objektive Beurteiler gewinnt so den Eindruck, daß die auf das Kaisertelegramm hin erfolgte Sperrung der Bouillonquelle die von sanitärem Standpunkte aus so notwendigen Renovierungsarbeiten an derselben in heilsamer Weise beschleunigt hat.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Krise.

* **Wien**, 12. Oktober. (Telegramm.) Kaiser Franz Josef empfing heute vormittag 11 Uhr den Grafen Julius Andrassy in längerer besonderer Audienz und wird später den Grafen Stefan Tisza in besonderer Audienz empfangen.

* **Wien**, 12. Oktober. Die Audienz des Grafen Tisza beim Kaiser dauerte fast eine Stunde. Um 2 Uhr wurde Desider Perczel in halbstündiger Audienz empfangen. Die Entscheidung ist heute noch nicht gefallen; es heißt, Graf Andrassy kehre heute nachmittag nach Pest zurück.

* **Wien**, 12. Oktober. (Telegramm.) Anschließend an den Empfang der beiden Grafen Julius Andrassy, Stefan Tisza und Perczels bemerkt die „Neue Freie Presse",